

Newsletter - Weltwoche etc. 2023-24 - von Dr. H. Pöltelt, modifiziert - gekürzt und ergänzt von Dr. M. Lindner - dazu Reitschuster 17. Juni - 30. Mai 2023 und vier Kurzvideos

Liebe Freunde / Mitstreiter für Vernunft, wissenschaftliche Fakten, Freiheit, Demokratie, liebe weitere Interessierte, wer te Parlamentarier / Politiker, Presse (in BCC) ... auch zu Ihrer Info, anbei weitergeleitet der Newsletter 2023-24 von Dr. Pöltelt - s. Anhang und seine Zusammenfassung s.u. Ich habe diesmal bei der Zusammenfassung in einer Datei auf einige Artikel verzichtet, insbesondere Selenski und die Schweiz betreffend, die ich für uns weniger interessant / entscheidend hielt, ebenso auf eine ergänzende Kommentierung und dafür als 1. der 10 Highlights einen Artikel über Robert F. Kennedy Junior ergänzt, der es anders als Selenski sehr wert ist, dass man sich mit ihm beschäftigt, wird er doch gerade als Gegenkandidat gegen Biden (und Trump) für die nächste Präsidentenwahl in den USA in Stellung gebracht wird. Er gilt als Gegner der Covid-19 Maßnahmen ... - hielt aus diesem Grund 2020 in Berlin eine Rede vor über 100.000 Demonstranten - von in unseren Mainstream-Medien totgeschwiegen und will, wenn er Präsident wird, am ersten Tag Assange und Snowden begnadigen ... einige sehen in ihm den Mann für eine Wende zum besseren - der weiße Ritter statt Elon Musk? Dazu eine Zusammenstellung Reitschuster 17. Juni - 30. Mai 2023 – ungekürzt, unkommentiert und der interessante Artikel über den jungen Elias Vogt ... Gegner der Windkraft in der Schweiz, von Dr. Pöltelt, als weitere Dateien im Anhang und hier noch ein paar Kurz-Videos:

<https://vm.tiktok.com/ZGJCRLjBt/> Regierende im Glashaus, der Michel bleibt ungehört

<https://vm.tiktok.com/ZGJCRJKk7/> Wetterkarte in grün, heißer als heute in rot

<https://vm.tiktok.com/ZGJCRCBkOa/> Essen erst nach Handy-Abgabe

<https://youtube.com/shorts/TJB1ITMUlql?feature=share> Hau ab, Habeck, skandieren die Bürger

Ein jeder lese / höre und denke selbst und bilde sich seine eigene Meinung ...

MfG

Dr. Martin Lindner

1. Vorsitzender der Bürger für Technik e.V.

<https://buenger-fuer-technik.de>

https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/12/BfTFlyer_V1.3_1122.pdf

und wer uns beitreten / unterstützen möchte

<https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/>

[AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf](https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf)

IBAN DE75 4266 1008 0905 8882 05

ps Wir, die Bürger für Technik sind keiner politischen Partei zugehörig, vertreten aber mit klarer Kante wissenschaftlich basierte Fakten und Meinungen und werden nicht schweigend / tatenlos zusehen, wie unser Land mit nicht evidenzbasierten Ideologien an die Wand gefahren wird.

Dennoch sind bei uns auch abweichende Meinungen zulässig, die wir ggf. veröffentlichen, auch persönliche politische Meinungen, jedoch keine Fakten-ferne Ideologien / Propaganda.

Es wird keine Weltklimakatastrophe geben - das ist perfide Lügen-Propaganda und CO2 ist nicht schädlich, sondern essentiell für das Leben der Pflanzen und damit für alles Leben auf der Erde.

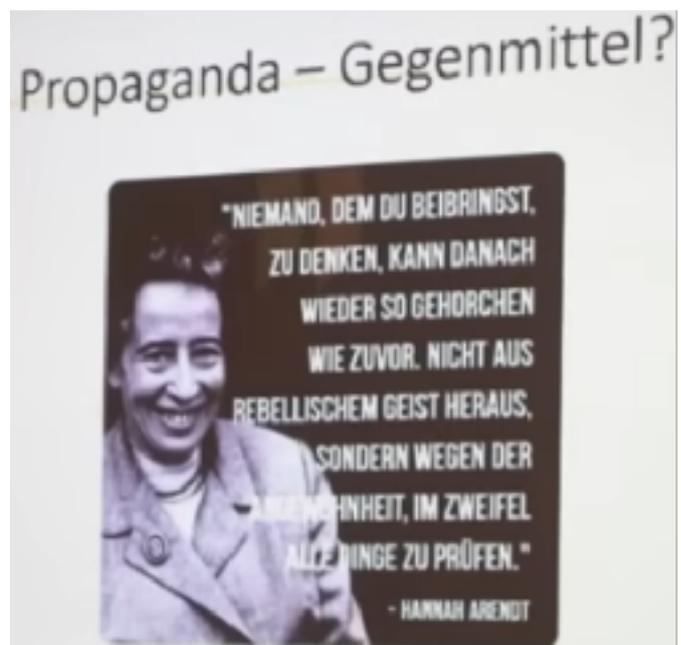
Alleine mit Sonne und Wind kann keine moderne Volkswirtschaft zuverlässig mit Strom versorgt werden. Noch ist es nicht zu spät, wir können die Deutschland-Kaputtmacher noch stoppen ...

----- Original Nachricht -----

Betreff: Die WELTWOCH Nr. 24/2023 vom 15.Juni 2023 - Auszüge u.a.

Datum: 15.06.2023 10:54 (GMT +02:00)

Von: Dr. Helmut Pöltelt <He.Poeltelt@t-online.de>



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

nun hat Deutschland also eine Nationale Sicherheitsstrategie. Sie soll Deutschland vor den neuen Feinden Russland und China schützen. Dafür sollen jährlich 78 Mrd.€ ausgegeben werden. Sie werden für die Lösung dringender innenpolitischer Aufgaben wie Bildung, Gesundheitswesen, Verkehrswesen u.a. fehlen. Da hilft keine künstliche Intelligenz weiter. Zuerst wäre hier die natürliche Intelligenz auszuschöpfen gewesen. Diese indes kann man in der Ampel-Regierungs-Koalition mit der Lupe suchen. Das wird sich auch nicht ändern, solange die Fachminister nach ihrem Parteibuch und nicht nach der Kernkompetenz besetzt werden, die erfolgreiche Regierungsarbeit nun mal erfordert. Das jüngste Beispiel dafür ist die Wiederentdeckung der Fernwärmeversorgung, die eigentlich energiepolitisch ein uralter Hut ist, den schon Ulbricht und Honecker trugen. Auch die Frage, woher denn die Wärme kommen soll für diese Fernwärmeversorgungskonzeptionen wird ungekonnt unterschlagen. Wind, Sonne, Erdwärme und Hackholzschnitzel werde es wohl nicht schaffen, wie wir aus unseren Energiewende-Erfahrungen inzwischen gelernt haben sollten. Und Energie ist nun mal das Blut jeder Volkswirtschaft, auch wenn das in grünideologische Köpfe nicht hineinzugehen scheint.

Vier Beiträge beschäftigen sich Wolydimir Selenskyj. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln soll hier beleuchtet werden, mit wem wir es mit dem Schauspieler, Komiker und ukrainischen Präsidenten wirklich zu tun haben und welche Auswirkungen sein Wirken auf den Rest der Welt hat.

Mit der Verurteilung der Friedensaktivistin Elena Kolbasnikowa wird der verschärfte Paragraph 130 StGB erneut angewandt. Zensur wird zum Regelfall in Deutschland. Eine öffentliche Diskussion über Ursachen und Lösungen für den Ukraine-Konflikt wird damit unterbunden.

Vergessen Sie alles, was Sie über den richtigen Umgang mit Migrant*innen gelernt haben. Fragen Sie ruhig, wo jemand herkommt. Was Sie tun und sagen, ist ohnehin falsch und kann gegen Sie ausgelegt werden.

Die Ukraine kann den Konflikt mit Russland militärisch nicht gewinnen. Die Suche nach einem Ausstiegsszenario ist daher dringend notwendig, meint das US-Magazin Foreign Affairs und schlägt ein Einfrieren nach koreanischem Vorbild vor. Sonst drohe ein endloser Krieg.

Hat der CIA Berlin vor der Nord Stream-Sprengung gewarnt? „Wenn das stimmt und sich diese Erkenntnis durchsetzt, haben wir die größte Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Das brächte der AfD nicht nur zwei Prozent mehr Stimmen, sondern 15 Prozent. Scholz und sein Kabinett müssten gehen, es gäbe Neuwahlen usw. Es könnte dazu führen, dass das komplette politische System kollabiert, auch die Westbindung steht dann zur Diskussion.“(Reitschuster)

Wer hat den Nowa-Kachowka-Staudamm in der Ukraine zerstört? Beweise fehlen. Alle versuchen, daraus Profit zu schlagen. Auch sonst brodelt die Gerüchteküche.

Der Satiriker Martin Sonneborn wollte einst mit seiner Spaßpartei die EU humoristisch aufspießen. Heute zählt er zu Ursula von der Leyens härtesten Kritikern im Europaparlament. Dem Hofnarren ist das Lachen vergangen.

Die Grünen wollen Aiwangers Kopf. Nach dessen Rede in Erding beantragen sie den Rücktritt des bayerischen Wirtschaftsministers. Er sagte, jetzt sei der Punkt erreicht, „wo sich die schweigende Mehrheit dieses Landes die Demokratie wieder zurückholen“ müsse.

Grüne sind beim Asyl so verblendet wie die Klima-Kleber beim Klima.

Die Bundesregierung hat sich beim Heizungsgesetz geeinigt. Umweltverbände erheben schwere Vorwürfe. Deutschland ist weltweit das einzige Land, das seinen Bürgern per Gesetz vorschreiben will, wie und womit sie zu heizen haben.

Russland ist die größte Bedrohung für den Frieden – diese Aussage findet sich in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie, die am Mittwoch mit einigen Monaten Verspätung in Berlin vorgestellt wurde. Festgeschrieben ist dort auch die "vertrauensvolle Partnerschaft" mit den USA.

Die Regierung hat eine Verdopplung der Lkw-Maut auf den Weg gebracht. Der Mittelstand gibt sich fassungslos. Er fordert eine Rückkehr zu seriöser Wirtschafts- und Klimapolitik und hofft auf den Bundestag.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Helmut Pöltelt

Inhaltsverzeichnis

S.3 <https://nichtohneuns-freiburg.de/robert-f-kennedy-wer-ist-er/> [Mitdenken-761](#) Für die Grundrechte

Robert F. Kennedy – Wer ist er?

S.8 [Hat der CIA Berlin vor Nord Stream-Sprengung gewarnt?](#) „Es könnte dazu führen, dass das komplette politische System kollabiert“ von Reitschuster.de

S.9 [Dem Hofnarren ist das Lachen vergangen](#) - Der Satiriker Martin Sonneborn ... von Wolfgang Koydl

S.10 [Der Fall Kolbasnikowa: Vom Zensur-Paragrafen und der Wiederholung der deutschen Geschichte](#) von Gert Ewen Ungar

S.11 [Grüne fordern Aiwangers Kopf](#) JF-Online

S.12 [Grüne sind bei Asyl so verblendet wie die Klima-Kleber beim Klima](#) von FOCUS-online-Korrespondent Ulrich Reitz

S.14 [Die Grünen stehen einer Zeitenwende in der Migrationspolitik im Weg](#) NZZ, von Oliver Maksan

S.15 [Regierung gibt grünes Licht für Verdopplung der Lkw-Maut](#) - von Deutsche Wirtschaftsnachrichten

S.16 [Bärtig, maskulin, PS-begeistert: So haben sich die Grünen den Migranten nicht vorgestellt](#) - von FOCUS-Kolumnist Jan Fleischhauer

S.18 ["Die Gegenoffensive ist nicht entscheidend"](#) - Foreign Affairs fordert Verhandlungen

Im Folgenden die ganzen Artikel:

<https://nichtohneuns-freiburg.de/robert-f-kennedy-wer-ist-er/> [Mitdenken-761](#) Für die Grundrechte

Robert F. Kennedy – Wer ist er?

By [Radio Qfm](#) In [Mitmachen](#), [Politik](#)
Posted Juni 2, 2023

Wer ist Robert F. Kennedy?

Als ich das Archiv des Crisis Magazine durchstöberte, fiel mir auf, dass Robert F. Kennedy Jr. (RFK Jr.) nicht ein einziges Mal erwähnt wurde.

Daher dachte ich, dass angesichts seiner kürzlich angekündigten

Kandidatur für die Führung der Demokratischen Partei ein Artikel über ihn für die Leser von Crisis von Interesse sein könnte.

Sein Onkel, John F. Kennedy, der 35. Präsident der Vereinigten Staaten, wurde 1963 ermordet.

[Fünf Jahre später, 1968, wurde auch sein Vater, Robert F. Kennedy, der frühere Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten, der zu dieser Zeit für die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten kandidierte, ermordet.](#)

Sein Cousin, der Sohn von JFK, auch bekannt als John-John oder JFK Jr., der ein amerikanischer Anwalt, Journalist und Zeitschriftenverleger war, kam 1999 auf tragische Weise bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Es ist unnötig zu erwähnen, dass die Familie Kennedy von einer Tragödie heimgesucht wurde.

Wer also ist RFK Jr. und warum sollten sich die amerikanischen Wähler dafür interessieren? Ich werde die Hauptgründe skizzieren, warum ich glaube, dass RFK Jr. ein starker Kandidat jenseits der Parteigrenzen für diejenigen sein könnte, die für eine Person jenseits der Enttäuschung zweier politischer Parteien stimmen wollen. Mit seinen 69 Jahren ist er das vierte Mitglied der Kennedy-Familie, das für die Nominierung der Demokraten für das Präsidentenamt kandidiert. Er ist Umweltschützer und Gründer und Vorsitzender (derzeit im Beurlaubt) der Organisation Children's Health Defense (CHD).

Die CHD ist eine gemeinnützige Organisation, die sich für den Schutz von Kindern und deren Grundrechte einsetzt. Nach Angaben der Organisation sind 54 Prozent der Kinder in den USA



chronisch krank. Ihre Aufgabe ist es, die Gesundheitsepidemien bei Kindern zu beenden, indem sie nach Möglichkeiten sucht, Kinder vor schädlichen Einflüssen zu schützen, und Einrichtungen wie Pharmaunternehmen, die ihrer Meinung nach dafür verantwortlich sind, zur Rechenschaft zieht. Zu ihrem Auftrag gehört auch der Kampf gegen Korruption, Massenüberwachung und Zensur, die darauf abzielen, den Profit über das Wohl der menschlichen Zivilisation zu stellen. Und sie bemühen sich um den Schutz der gesundheitlichen Freiheit und der körperlichen Autonomie.

Ansichten zur Sicherheit von Impfstoffen

Seit Jahren ist RFK Jr. wegen seiner Skepsis gegenüber der Sicherheit von Impfstoffen einer Verleumdungskampagne ausgesetzt.

Er wurde als Impfgegner titulierte, obwohl er in seinem 2015 erschienenen Buch Thimerosal: Let the Science Speak: The Evidence Supporting the Immediate Removal of Mercury-a Known Neurotoxin-from Vaccines:

Menschen, die sich für sicherere Impfstoffe einsetzen, sollten nicht ausgegrenzt oder als Impfgegner denunziert werden. Ich bin für Impfungen. Ich habe alle meine sechs Kinder impfen lassen. Ich glaube, dass Impfstoffe im letzten Jahrhundert das Leben von Hunderten Millionen Menschen gerettet haben und dass ein breiter Impfschutz für die öffentliche Gesundheit von entscheidender Bedeutung ist. Aber ich möchte, dass unsere Impfstoffe so sicher wie möglich sind.

Im Jahr 2015 argumentierten RFK Jr. und die CHD, dass das in Thimerosal-Impfstoffen enthaltene Ethylquecksilber, die Fluoridierung des Trinkwassers, Aluminium, schnurlose Telefone und Paracetamol wesentlich zum Anstieg von Lebensmittelallergien, Krebs, Autismus und Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörungen (ADHS) bei Kindern beitragen. Im Februar 2017 gaben RFK Jr. und der Schauspieler Robert De Niro (der glaubt, dass Thimerosal-Impfstoffe die Ursache für den Autismus seines Sohnes waren) eine Pressekonferenz, in der sie argumentierten, dass die Mainstream-Medien explizit als Propaganda zur Förderung der 35 Milliarden Dollar schweren Impfindustrie fungieren und die Debatte über die Sicherheit von Impfstoffen ersticken.

Obwohl ich die Korruption der Pharmaindustrie in meinen Büchern Making Sense of Nonsense und COVID-19: A Dystopian Delusion kritisiert habe, geht es mir in diesem Fall nicht darum, darüber zu streiten, ob die Behauptungen von RFK Jr. und CHD richtig sind oder nicht, sondern lediglich darum, die Aufmerksamkeit auf ihre Behauptungen zu lenken, damit die Leser selbst entscheiden können.

Leider leidet RFK Jr. an einer spasmodischen Dysphonie (Kehlkopfdystonie), einer neurologischen Störung, die die Muskeln im Kehlkopf (Stimmrücken) betrifft. Dies macht es manchmal schwierig, ihn in Interviews und Reden zu verstehen. In den vergangenen Jahren scheint sich sein Zustand jedoch gebessert zu haben. Viele Jahre lang waren RFK Jr. und viele Ärzte über die Ursache seiner 1996 aufgetretenen Erkrankung im Unklaren. In einem kürzlich geführten Interview erklärte er jedoch, dass er vor drei Jahren, als er gegen alle Unternehmen prozessierte, die bestimmte Grippeimpfstoffe herstellen, einen Blick auf die Liste der Nebenwirkungen dieser Impfstoffe warf, die auf den Beipackzetteln der Hersteller zu finden ist, und entdeckte, dass spasmodische Dysphonie eine der häufigsten Verletzungen war – ein Hinweis auf den Grippeimpfstoff als Ursache seiner Erkrankung.

Man kann nicht behaupten, dass die Mission von RFK Jr. und der CHD, sich für strengere Test- und Sicherheitsprotokolle bei der Entwicklung von Impfstoffen und für die Verringerung der potenziell schädlichen Exposition gegenüber Chemikalien und Strahlung einzusetzen, kein lohnendes humanitäres Ziel ist. Man sollte sich auch nicht über dieses Unterfangen wundern, wenn man bedenkt, dass er erst in jüngster Vergangenheit entdeckt wurde, was für einen prominenten Aktivist und eine öffentliche Persönlichkeit wie ihn eine Quelle großer Frustration war.

Anstatt den pejorativen Begriff „Anti-Impf-Aktivist“ zu verwenden, den die Mainstream-Medien absichtlich und irreführend immer benutzen, wäre es passender und fairer, ihn als „Aktivist für Impfstoffsicherheit“ zu bezeichnen.

Über das Covid-19-Fiasko

Die Verleumdungskampagne der Mainstream-Medien hat sich seit dem Covid-Fiasko der letzten drei Jahre nur noch verschärft. RFK Jr. wurde als Verschwörungstheoretiker abgestempelt und als einer der „Desinformations-Dutzend“ aufgeführt, eine Liste von zwölf Personen, die laut New York Times „für die Verbreitung von 65 Prozent aller Anti-Impf-Botschaften in den sozialen Medien verantwortlich sind“. Im

Gegensatz zu den meisten Politikern, Wissenschaftlern, Ärzten, Anwälten, Richtern und anderen – sei es aufgrund von Einschüchterung, Angst oder Anreizen – hat RFK Jr. alle Maßnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 äußerst kritisch betrachtet, einschließlich der Abriegelungen, der Medienzensur, der Dämonisierung früher Covid-Behandlungen, der Einführung des Covid-Impfstoffs und der damit verbundenen Propaganda sowie der Verletzung der Rechte und Freiheiten der Menschen.

Ende des Jahres 2021 veröffentlichte RFK Jr. ein Buch mit dem Titel *The Real Anthony Fauci: Bill Gates, Big Pharma, and the Global War on Democracy and Public Health* (Bill Gates, Big Pharma und der globale Krieg gegen Demokratie und öffentliche Gesundheit), in dem er Anthony Faucis Korruption und seine tödliche und drakonische Covid-19-Politik kritisiert. Darin erklärt er:

Anthony Fauci scheint nicht bedacht zu haben, dass seine beispiellose Quarantäne der Gesunden weit mehr Menschen töten würde als COVID, die Weltwirtschaft auslöschen, Millionen in Armut und Bankrott stürzen und die verfassungsmäßige Demokratie weltweit schwer verwunden würde. Wir wissen nicht, wie viele Menschen an Isolation, Arbeitslosigkeit, fehlender medizinischer Versorgung, Depressionen, psychischen Erkrankungen, Fettleibigkeit, Stress, Überdosierungen, Selbstmord, Sucht, Alkoholismus und den Unfällen, die so oft mit Verzweiflung einhergehen, gestorben sind. Wir können die Vorwürfe nicht von der Hand weisen, dass seine Abriegelungen tödlicher waren als die Ansteckung.

Über Freiheit

RFK Jr. hat sich als Verfechter der Rechte und Freiheiten der Menschen erwiesen. Er hat die ungerechtfertigten und beispiellosen Maßnahmen von Premierminister Justin Trudeau und der stellvertretenden Premierministerin Chrystia Freeland kritisiert, wie ich in meinem satirischen Buch „Beacons of Hope“ dargelegt habe. Er verteidigte zu Recht die friedliche Demonstration der kanadischen Trucker und das Recht der Bürger, frei von staatlichen Anordnungen zu sein, sich frei zu versammeln, frei zu sprechen und frei Petitionen einzureichen.

Er kritisierte auch die ungerechtfertigte Inanspruchnahme des Notstandsgesetzes und das Einfrieren der Bankkonten der kanadischen Trucker und ihrer Unterstützer. Das Einfrieren der Bankkonten der Kanadier war einer der ungeheuerlichsten Verstöße gegen die Menschenrechte in der jüngeren kanadischen Geschichte, aber auch eine Demonstration dessen, wozu eine tyrannische und korrupte Regierung in der Lage ist, wenn es um ihre Bürger geht. Dem aufmerksamen Beobachter öffneten sich definitiv die Augen.

Als er den Konvoi der kanadischen Trucker verteidigte, stellte er fest, dass „freies Geld“ (das nicht von der Regierung kontrolliert wird) genauso wichtig ist wie die freie Meinungsäußerung. In diesem Sinne twitterte er am 3. Mai 2023 eine Reihe von Tweets, in denen er Folgendes feststellte:

Einige befürworten eine strenge Kontrolle von Kryptowährungen, um ihre Verwendung durch Kriminelle zu verhindern. Aber nicht nur Kriminelle wollen ihre Privatsphäre schützen. Das wollen auch Dissidenten und normale Bürger. Regierungen schikanieren ihre Feinde und unterdrücken abweichende Meinungen, indem sie Bankkonten und Zahlungsplattformen kontrollieren. Bis wir das Vertrauen in die Regierung wiederherstellen (eine ferne Aussicht), benötigen wir Bargeld und Kryptowährungen, um die Freiheit zu sichern.

Er [twitterte](#) außerdem, dass:

Kryptowährungen, allen voran Bitcoin, sind zusammen mit anderen Kryptotechnologien ein wichtiger Innovationsmotor. Es ist ein Fehler, wenn die US-Regierung die Branche ausbremst und Innovationen in andere Bereiche treibt. Bidens vorgeschlagene 30%ige Steuer auf das Mining von Kryptowährungen ist eine schlechte Idee.

RFK Jr. ist gegen die „FedNow“ Central Bank Digital Currency (CBDC), die im Juli 2023 eingeführt werden soll. Er sieht die drohenden Gefahren einer massenhaften staatlichen Überwachung durch eine zentralisierte digitale Währung und deren ominöse Verbindung mit einem sozialen Kreditsystem, wie er am 5. April 2023 twitterte: „CBDC, verbunden mit digitaler ID und sozialer Kreditwürdigkeit, wird es der Regierung ermöglichen, Ihr Vermögen einzufrieren oder Ihre Ausgaben auf zugelassene Anbieter zu beschränken, wenn Sie willkürlichen Diktaten, d.h. Impfstoffmandaten, nicht nachkommen.“ Die übermäßige Zentralisierung unserer Bank- und Finanzsysteme hat erwiesenermaßen zu größerer Tyrannei geführt.

Den Sumpf trockenlegen?

Um den Sumpf trocken zu legen, müssen nicht nur die Politik, die Regierung, der militärische Komplex und das Bankensystem von einem Großteil der ihnen innewohnenden Korruption gesäubert werden. Obwohl Präsident Donald Trump im Laufe seiner Präsidentschaft eine Reihe von Erfolgen verbuchen konnte – darunter bedeutende Friedensabkommen, sogar mit Israel und Ländern des Nahen Ostens; ein Wirtschaftsboom; seine Verteidigung des Lebens und die Ernennung von Verfassungsrechtlern; sein Angriff auf die Mainstream-Medien und ihre Bezeichnung als „Fake News“; und viele andere Errungenschaften, ob unter seiner Kontrolle oder nicht -, war er nicht in der Lage, sein Versprechen, den Sumpf auszutrocknen, zu erfüllen.

Nicht anders als Präsident Trump sieht RFK Jr. die tiefe Korruption nicht nur in der amerikanischen Politik, sondern in vielen amerikanischen und globalistischen Institutionen. Er hat die Verschmelzung von staatlicher und unternehmerischer Macht stark kritisiert, die seiner Meinung nach eine Form der unternehmerischen Kleptokratie darstellt, was einem klassischen Verständnis von Faschismus entsprechen würde. Er sieht die Demokratische Partei derzeit als die Partei des Krieges, der Zensur, der Angst, der Neocons und der Wall Street. Deshalb hat er öffentlich erklärt, dass er mit der Richtung, in die Präsident Joe Biden und seine Regierung die USA führen, grundsätzlich nicht einverstanden ist. Genau deshalb will er diese korrupte Verbindung zwischen staatlicher und unternehmerischer Macht infrage stellen und die politischen Gräben der Nation überwinden.

Er hat den Krieg in der Ukraine scharf kritisiert. Er beschuldigte die amerikanischen Neocons und den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskij, Russland absichtlich zum Einmarsch in die Ukraine angestiftet zu haben, und sagte, der Krieg habe den Ukrainern ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Leid zugefügt, da er für den Tod von 300.000 ukrainischen Soldaten und 14.000 Zivilisten verantwortlich gewesen sei. In einem kürzlichen Interview mit Tucker Carlson wies er darauf hin, dass die US-Regierung bis April 2023 113 Milliarden Dollar an Hilfen für den Krieg in der Ukraine bereitgestellt hat, was deutlich mehr ist als das gesamte Budget der EPA (Environmental Protection Agency) und der CDC (Centers for Disease Control and Prevention), das etwa ein Fünftel davon ausmacht (insgesamt 23 Milliarden Dollar).

Ferner können 57 Prozent der Amerikaner keine 1.000 Dollar für sich beanspruchen, und 25 Prozent hungern. Er argumentierte, dass die amerikanische Regierung einen Krieg finanziert, den sie sich nicht leisten kann, indem sie übermäßig viel Geld druckt (das Äquivalent von zehn Jahrhunderten Geld in den vergangenen 14 Jahren), was zu einer hohen Inflation führt, die wiederum einen Anstieg der Lebensmittelpreise verursacht und folglich die Mittelschicht und die Armen unter sich begräbt, während sie gleichzeitig Mittel zur Rettung von Banken bereitstellt.

In einem Interview mit ABC sagte RFK Jr: „Ich glaube, ich weiß mehr darüber, wie man Regulierungsbehörden in Ordnung bringt, als jeder andere Politiker in diesem Land, weil ich 40 Jahre lang gegen sie geklagt habe.“ Dies würde ihn im Gegensatz zu Joe Biden und anderen Präsidentschaftskandidaten dazu befähigen, einen Großteil der Korruption zu beseitigen, die diese Regulierungsbehörden durchdringt.

Auch bei seiner Kritik an der CIA (Central Intelligence Agency) hat er nicht mit der Feder gegeizt. Er hat öffentlich erklärt, dass es überwältigende Beweise dafür gibt, dass sie für die Ermordung seines Onkels JFK verantwortlich waren, und dass viele dieser Beweise dem amerikanischen Volk immer noch vorenthalten werden. Er hat sie auch für die Ermordung seines Vaters, RFK, verantwortlich gemacht. Kürzlich hat er erklärt, dass er die CIA so umstrukturieren würde, dass sie zur Rechenschaft gezogen wird, da sie in den 76 Jahren ihres Bestehens an zahlreichen Staatsstreichen in einem Drittel der Länder der Welt beteiligt war.

Zur Gender-Ideologie

Obwohl er sich nicht ausführlich zur Geschlechterideologie geäußert hat, ist er gegen den Wettbewerb zwischen biologischen Männern und biologischen Frauen.

Zum Thema Abtreibung

Obwohl die Kampagne von RFK Jr. und sein Eintreten für die westlichen Werte viele positive Aspekte aufweisen und er ein gläubiger Katholik ist (er besucht täglich die Messe), gibt es einige problematische Aspekte in seinen Ansichten. Einer davon ist sein Versprechen, „die Regierung von der Entscheidung der Frauen über das Kinderkriegen fernzuhalten“.

Gibt es einen Weg zum Sieg?

Mit der Zeit verliert Biden mehr und mehr die Unterstützung der Demokraten. Und wenn Integrität, Ehrlichkeit, Intelligenz, Kohärenz und Kompetenz Korruption, Unehrlichkeit, Idiotie, Senilität und Inkompetenz überwinden könnten, dann hätte RFK Jr. eine gute Chance, die Kandidatur für die Führung der Demokraten zu gewinnen. Aber meistens stimmt die Art und Weise, wie die Dinge sein sollten, nicht mit der überein, wie sie tatsächlich sind.

Historisch gesehen steht RFK Jr. vor einer unüberwindbaren Herausforderung. Sollte er die Vorwahlen gegen den Amtsinhaber gewinnen, wäre dies das erste Mal in der modernen Geschichte der USA. Interessanterweise, obwohl Ursache und Wirkung nicht bekannt sind, schaden laut Robert G. Boatright, dem Herausgeber von The Routledge Handbook of Primary Elections, Vorwahlgegner den amtierenden Präsidenten in den allgemeinen Wahlen, sodass dies gut für Bidens Abgang aus dem Oval Office sein könnte. Ohnehin, es sieht nicht gut aus für Biden.

Eine Stichwahl zwischen dem ehemaligen Präsidenten Trump und RFK Jr. wäre ein faszinierender Vorschlag, wenn nur beide ihre Vorwahlen gewinnen könnten. (Dies setzt auch voraus, dass Trump die Vorwahlen gegen Kandidaten wie Ron DeSantis und andere gewinnen kann). Beide sind in gewisser Weise politische Außenseiter und Anti-Establishment-Figuren, obwohl der eine ein ehemaliger Präsident ist und der andere eine lange Reihe von Verwandten hat, die in der Politik tätig sind. Beide scheinen das Zweiparteiensystem als Einheitspartei zu betrachten, oder, anders gesagt, als zwei Seiten derselben Medaille. Beide scheinen jedoch darauf bedacht zu sein, ihre Parteien zu erneuern. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Möglichkeit ist äußerst gering, aber man kann sie nicht einfach abschreiben, da wir in einer beispiellosen Zeit leben. Und wenn dies der Fall wäre, könnte dann RFK Jr. der 47. Präsident der Vereinigten Staaten werden? Abgesehen davon sagt RFK Jr., dass er bessere Chancen als jeder andere habe, Trump zu schlagen, und dass er weiß, dass er gewinnen kann. Er spekuliert darauf, dass er Trump Anhänger wegnehmen kann – was keinem anderen demokratischen Kandidaten gelingt – und dass er mehr unabhängige Wähler als jeder andere gewinnen kann. Außerdem kann er Präsident Trump an zwei Fronten konfrontieren, wie es kein anderer Demokrat kann: erstens bei der Unterstützung von Abriegelungsmaßnahmen und zweitens bei seinem Vorstoß für die Entwicklung von Covid-Impfstoffen und seiner späteren Schadenfreude über die „Operation Warp Speed“. Que será, será, aber ich denke, zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten gibt es endlich einen respektablen Kandidaten, wenn auch ein unbeschriebenes Blatt, der für die Führung der Demokraten kandidiert.

[QUELLE: ROBERT F. KENNEDY JR.: THE PRESIDENTIAL DARK HORSE](#)

Wussten Sie, dass man Qualität mit Q schreibt?

**Radio Qfm – das erste und einzige Querdenken Radio - Seit Februar 2021 auf Sendung-
gegründet auf den Trümmern der abhängigen Medienlandschaft.**

Wir sagen Danke für Ihre Treue & Unterstützung!

Freier Journalismus für denkende, friedliche Menschen

Wir lassen und nicht unterkriegen. Wir berichten kritisch und Querbeet. Freier Journalismus ist noch mehr – nämlich Vielfalt: Stündlich werden Podcasts von uns und unseren Partnern, wie Apolut.net, Transition-News, Nachdenkseiten.de, Lion Media und anderen ins Programm eingebunden.

Mit unseren Blogs Nichtohneuns-Freiburg.de und Querdenken 761.de informieren wir die Blog-Community.

Qoole Musik für die Qhren

7-16 Uhr: Pop-Newcomer aus den USA und UK

16-22 Uhr: Alternative Country & Blues

22-7 Uhr: Elektronik, Lounge, Dance u.a.

Weekend: 70s und 80s

All das kostet Geld. Um das Programm kontinuierlich zu betreuen und auszubauen, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Mit Ihnen zusammen wollen wir eine hörbare Radio-Stimme für alle friedlichen und freiheitsliebenden Menschen werden.

Bitte unterstützen Sie Radio Qfm

The post [Robert F. Kennedy – Wer ist er?](#) first appeared on [Radio Qfm](#).

Hat der CIA Berlin vor Nord Stream-Sprengung gewarnt?

„Es könnte dazu führen, dass das komplette politische System kollabiert“

Reitschuster.de, 10.06.2023

„Wenn das stimmt und sich diese Erkenntnis durchsetzt, haben wir die größte Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Das brächte der AfD nicht nur zwei Prozent mehr Stimmen, sondern 15 Prozent. Scholz und sein Kabinett müssten gehen, es gäbe Neuwahlen usw. Es könnte dazu führen, dass das komplette politische System kollabiert, auch die Westbindung steht dann zur Diskussion.“

Mit diesen Worten schickte mir ein guter und kluger Freund – ausgewiesener Putin-Kritiker und Unterstützer der Ukraine – einen Link auf einen Artikel in der „Welt“, der mir zuvor entgangen war. Was bereits für sich spricht: Denn die Vorwürfe, über die in dem Text berichtet wird, sind – unabhängig von ihrem schwer einschätzbaren Wahrheitsgehalt – so ungeheuerlich, dass sie in einer funktionierenden Medienlandschaft die Schlagzeilen beherrschen würden und Tagesgespräch sein müssten. Mehr als die [Vorwürfe gegen Rammstein](#). Doch stattdessen werden sie zwar von einigen Medien aufgegriffen, aber allesamt im „Kleingedruckten“ – unter dem Radar der breiten Öffentlichkeit.

Konkret geht es um eine weitere Recherche zur Explosion der Nord-Stream-Pipelines, die jetzt von der „Washington Post“ veröffentlicht wurde. Dem Blatt zufolge soll der US-Geheimdienst CIA schon drei Monate vor den Explosionen in den Gasleitungen zwischen Russland und Deutschland von ukrainischen Plänen für einen Anschlag erfahren haben. Und der Dienst soll auch Deutschland darüber informiert haben.

Angeblich stammen die Informationen des CIA von einem europäischen Geheimdienst. Der meldete nach Langley, an den Sitz des Geheimdienstes, „dass ein Team von sechs Angehörigen einer ukrainischen Eliteeinheit die Erdgas-Pipelines bei einem verdeckten Taucheinsatz sprengen wollten“, so die „Welt“. Das Team soll demnach direkt der ukrainischen Armeeführung unterstanden haben.

Als ihre Quelle nennt die „Washington Post“ Geheimdokumente, die offenbar durch den von US-Nationalgardist Jack Teixeira verantworteten gigantischen Leak von solchen Unterlagen an die Öffentlichkeit gelangt sind.

Tatsächlich sind die beiden Leitungen von Nord Stream 1 und eine von zweien von Nord Stream 2 Ende September 2022 in die Luft gesprengt worden, so dass sie nicht mehr benutzbar sind. Laut „Washington Post“ waren die Täter direkt dem ukrainischen Armeechef Walerij Saluschnyj unterstellt; Präsident Wolodymyr Selenskyj sei bewusst nicht über die Pläne informiert worden. Was nach einer Schutzbehauptung klingt.

Weder die Ukraine noch der CIA noch das Weiße Haus wollten gegenüber der „Washington Post“ einen Kommentar zu der Sache abgeben. Selenskyj dementierte später: „Ich bin Präsident und ich gebe entsprechende Befehle. Nichts dergleichen hat die Ukraine getan. Ich würde nie so handeln.“

Die neue Theorie widerspricht der des US-Journalisten Seymour Hersh. Der hatte für viel Aufregung gesorgt mit seiner Behauptung, die US-Regierung sei für die Sprengung verantwortlich.

Tatsächlich kann man aktuell nur festhalten: Nichts Genaues weiß man nicht. Dass die „Washington Post“ Recht hat, ist ebenso wenig auszuschließen, wie dass das Blatt auf eine der berüchtigten „Spezialoperationen“ für Desinformation des russischen Geheimdienstes hereingefallen ist. In diesen hat Moskau in einem Jahrhundert eine Meisterschaft erreicht, die sich im Westen kaum jemand vorstellen kann. Wie ich bereits in einem früheren Artikel ausführte, wäre für alle Verdächtigen ein Motiv auszumachen ([siehe hier](#)).

Nicht-Reaktion

Fakt ist aber: Der Bericht der „Washington Post“ müsste ein großes Thema in Deutschland sein und die Bundesregierung unter Druck setzen, sich zu erklären: Ob es die Warnungen aus den USA gab oder nicht. Und was sie wirklich weiß – und was eben nicht.

Dass es die Bundesregierung schafft, sich „durchzumogeln“ und zu schweigen, ist ein Versagen der Gesellschaft im Allgemeinen und der Medien im Besonderen – denn sie sollten eigentlich die vierte Macht sein.

Eben weil die Gesellschaft inzwischen so apathisch ist und die großen Medien mehr Propaganda-Sprachrohr der Regierung sind als deren Kontrolleure, ist auch die eingangs erwähnte Prognose meines Freundes zu bezweifeln. **Selbst wenn die Bundesregierung die Öffentlichkeit bewusst belogen hätte – sie könnte im Deutschland des Jahres 2023 damit durchkommen.**

Dem Hofnarren ist das Lachen vergangen

Der Satiriker Martin Sonneborn wollte mit seiner Spaßpartei die EU humoristisch aufspießen. Heute zählt er zu Ursula von der Leyens härtesten Kritikern im Europaparlament.



Wolfgang Koydl

Humoristen sollten einige Regeln befolgen. Eine davon lautet, dass man mit Namen keine Witze macht. Das ist zu billig, und überhaupt – wer kann schon etwas für seinen Namen. Doch manchmal drängt sich ein Wortwitz auf, wenn der Name wirklich ein Omen ist für Charakter, Verhalten oder Intelligenz seines Trägers.

Amtsanmassung und Dilettantismus

Verständlich also, dass der Europa-Abgeordnete Martin Sonneborn bei der Vorstellung der neuen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen vor vier Jahren der Versuchung nicht widerstand. Nachdem er die nicht existierenden Qualifikationen der Chefin und einiger ihrer Mitstreiter aufgespießt hatte, appellierte er an seine Kollegen: «Wir dürfen Europa nicht den Laien überlassen.»

Damals hörte von der Leyen dem Redner noch amüsiert zu. Er galt schliesslich nur als Spassmacher. Sonneborn, Ex-Chefredaktor des deutschen Satiremagazins Titanic, war einziger Abgeordneter der Ulkpartei Die Partei im Europaparlament. Und so setzte von der Leyen – ein bisschen Spass muss sein – ihr strahlendes Lächeln auf.

Inzwischen ist ihr das Lachen vergangen, denn Sonneborn ist zu einem ihrer schärfsten Kritiker geworden, der von der Leyen sogar unverhohlen «kryptokriminelle» Tätigkeiten vorwirft. Denn die Realität hat die Groteske der Satire übertroffen, dem Hofnarren ist das Lachen im Hals steckengeblieben. Unverhofft wurde er seriös, zur Ein-Mann-Kampagne gegen Korruption, Amtsanmassung und Dilettantismus. «Er ist», so ein EU-Beobachter, «was das Dorf von Asterix für das Römische Reich war: ein schmerzender Stachel.»

Der einst überzeugte Europäer Sonneborn ist inzwischen enttäuscht und bitter geworden.

Erst jüngst deckte Sonneborn einen neuen Skandal um die EU-Chefin auf. Sie soll dem bulgarischen Ex-Regierungschef Kiril Petkow empfohlen haben, «die Regeln [zu] umgehen», um das Land in die Euro-Zone zu führen. «Zitieren Sie mich nicht», so von der Leyen angeblich weiter in dem Telefonat, «wir werden versuchen, Ihnen zu helfen.» Berichte über den Vorfall muss man in den Medien mit der Lupe suchen, aber Sonneborn überrascht das nicht. Die würden, merkte er sarkastisch an, lieber über das von einem Wolf gerissene Lieblingspony von der Leyens berichten.

Dieses Schweigen hatte er schon bei der skandalösen Geheimbestellung von Covid-Impfdosen des amerikanischen Herstellers Pfizer angeprangert (Weltwoche Nr. 21/23). Von der Leyen, deren Ehemann Heiko von der Leyen Direktor eines biopharmazeutischen Unternehmens in den USA ist, hatte einen Grossteil des Deals per SMS von ihrem Handy aus mit Pfizer-CEO Albert Bourla eingefädelt. Es geht um 35 Milliarden Euro, den grössten Einzeldeal in der Geschichte der EU.

Obwohl mittlerweile die europäische Staatsanwaltschaft und der europäische Rechnungshof ermitteln, die Bürgerbeauftragte der EU auf Aufklärung drängt und die New York Times Klage erhoben hat, verweigert von der Leyen jegliche Stellungnahme. Stattdessen hat sie abermals geheim mit Pfizer verhandelt – diesmal, um zu verhindern, dass 500 Millionen vertraglich bestellte, aber mittlerweile überflüssige Dosen geliefert werden.

Soweit bekannt wurde, verpflichtete sich von der Leyen, für nicht gelieferte Vakzine eine Stornogebühr und für dennoch zu liefernde Dosen einen höheren Preis zu bezahlen. Das Gesamtgeschäft kommt den europäischen Steuerzahler daher noch teurer zu stehen. Sonneborn spricht von einem betrügerischen «Hütchenspiel».

Die Korruption in Europa ist schon lange sein Thema – schon vor dem Katargate-Skandal um die griechische Vizepräsidentin des Parlaments, Eva Kaili, hatte er immer wieder darauf aufmerksam gemacht. Als er die kroatische EU-Kommissarin Dubravka Suica nach der Quelle ihres plötzlichen Reichtums fragte, drehte ihm der damalige Parlamentspräsident Antonio Tajani das Mikrofon ab.

Humoristin von der Leyen

Der einst überzeugte Europäer Sonneborn ist inzwischen enttäuscht und bitter geworden, was man – wie er selbst einräumte – auch seinen zunehmend aggressiveren Reden anmerkt. Die Satire, so

scheint es, übernimmt inzwischen Ursula von der Leyen. **Zu Berichten, die USA könnten hinter dem Anschlag auf die NordStream-Pipelines stecken, erklärte sie: «Der tadellose Ruf des amerikanischen Staates erlaubt es uns, diese Version ausser Acht zu lassen.» Sie verzog keine Miene, wie es sich für einen guten Humoristen gehört.**

xxx

Der Fall Kolbasnikowa: Vom Zensur-Paragrafen und der Wiederholung der deutschen Geschichte - von Gert Ewen Ungar, 09.06.2023

Mit der Verurteilung der Friedensaktivistin Elena Kolbasnikowa wird der verschärfte Paragraph 130 erneut angewandt. Zensur wird zum Regelfall in Deutschland. Eine öffentliche Diskussion über Ursachen und Lösungen für den Ukraine-Konflikt wird damit unterbunden.

"Geschichte wiederholt sich, einmal als Tragödie und einmal als Farce." Mit diesem Marx-Zitat moderierte die Nachrichtensprecherin des russischen *Ersten Kanals*, Jekaterina Andrejewa, einen Bericht über die Verurteilung von Elena Kolbasnikowa an. Der Faschismus war die Tragödie. Die Zustände im gegenwärtigen Deutschland sind die Farce, glaubt Andrejewa. Ich bin mir nicht so sicher, ob das stimmt. Zumindest haben die aktuellen Entwicklungen in Deutschland das Potential, sich in Richtung Tragödie zu entwickeln.

Kolbasnikowa wurde vom Kölner Amtsgericht wegen Billigung des "russischen Angriffskrieges" zu einer Strafe von 30 Tagessätzen zu 30 Euro verurteilt. Die aus dem Donbass stammende Ukrainerin leugnet nach Auffassung der Richterin Denise Fuchs-Kaninski, dass es sich beim Krieg in der Ukraine um einen Überfall Russlands auf die Ukraine handele. Kolbasnikowa hatte in einem Interview mit der *Bild-Zeitung* gesagt: "Russland ist kein Aggressor. Russland hilft, den Krieg in der Ukraine zu beenden." Diese Aussage ist in Deutschland aktuell nicht strittig, sie ist verboten. Sie wird nach Auffassung des Gerichts nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Spätestens an dieser Stelle müssten alle Alarmglocken läuten. Wer das Urteil und den dahinter stehenden Paragraphen nicht für bedenklich hält, sollte sein Verhältnis zum Begriff der Meinungsfreiheit überprüfen. Das gilt selbst dann und erst recht, wenn man selbst meint, die Auffassung, Russland hätte die Ukraine überfallen, sei richtig. Man muss sich der Aussage Kolbasnikowas nicht anschließen, aber wenn man sie verbietet, unterbindet man jede weitere Diskussion über die Ursachen des Krieges und damit auch die Suche nach funktionierenden Lösungen. Die deutsche Rechtsprechung wird damit erneut zum Erfüllungsgehilfen deutscher Kriegstreiberei. Sie leistet dadurch zudem einen Beitrag zur weiteren Isolation Deutschlands.

Der Fall zieht in Russland indes Kreise. Dass es um die Meinungsfreiheit im Westen allgemein und in der EU im Besonderen schlecht bestellt ist, weiß man in Russland spätestens seit dem Verbot von *RT* durch die EU-Kommission.

Dass sich Deutschland als besonders widerspenstig hinsichtlich der Gewährung von Grundrechten gibt, ist hier in Russland ebenfalls bekannt. Noch vor dem allgemeinen Verbot von *RT* durch die EU wurde in Deutschland die Ausstrahlung von *RT* über Satellit verboten. Unter den EU-Staaten ist Deutschland besonders zensurfreudig. Strengere Zensurgesetze als in Deutschland findet man in Europa aktuell wohl nur in der Ukraine.

Mit der Verschärfung des Strafrechts wurde die Meinungsfreiheit in Deutschland weiter eingeschränkt. Wer einen Angriffskrieg öffentlich billigt, muss mit Strafe von bis zu drei Jahren Gefängnis rechnen. Was ein Angriffskrieg ist, legen anscheinend die deutschen Medien fest und deutsche Amtsrichter folgen deren Auffassung. Es ist jedenfalls schwer vorstellbar, dass jemand in der gleichen Weise wie Kolbasnikowa verurteilt wird, weil er öffentlich gebilligt hat, dass Deutschland gemeinsam mit der NATO Jugoslawien überfällt. Nahezu der gesamte Mainstream müsste hinter Gitter.

Elena Kolbasnikowa ist Ukrainerin und stammt aus dem Donbass. Sie weiß, was dort passiert. Die Ukraine bombardiert seit 2014 ihre eigenen Landsleute. Es herrschte acht Jahre Bürgerkrieg. Die Versuche, den Konflikt mit diplomatischen Mitteln zu schlichten, scheiterten unter anderem am Unwillen Deutschlands in seiner Funktion als Garantmacht, Kiew zur Umsetzung des Minsker Abkommens zu drängen. Noch im Dezember 2021 bat Russland die NATO und die USA um Sicherheitsgarantien, die verweigert wurden. Anfang 2022 nahm der Beschuss des Donbass durch die Ukraine zu, wie aus den Protokollen

der OSZE hervorgeht. Eine Invasion stand unmittelbar bevor. Russland marschierte am 24. Februar 2022 auf Bitte um militärische Unterstützung durch die Donbasser Republiken ein, die sich inzwischen für unabhängig erklärt hatten.

Aktuell wird der Donbass täglich mit westlichen Waffen und mit westlicher Unterstützung beschossen. Es handelt sich dabei um mutmaßliche Kriegsverbrechen. Diese Einordnung des Konflikts in den historischen Kontext soll in Deutschland nicht mehr möglich sein. Eine deutsche Amtsrichterin weiß es besser. Das Urteil wirft mehr als nur ein schlechtes Licht auf Deutschland, es weckt Erinnerungen an die Diktatur des Nationalsozialismus. Es ist der in Gesetz gegossene Wille, Geschichte zu fälschen und jede Kritik zu unterbinden.

Es ist nicht das erste Urteil in diesem Zusammenhang. Bereits im vergangenen Oktober hatte das Hamburger Amtsgericht einen 62-Jährigen zu einer Geldstrafe von 4.000 Euro verurteilt, der den Buchstaben "Z" an der Heckscheibe seines Fahrzeugs angebracht und damit nach Auffassung des Gerichts den russischen Angriffskrieg gebilligt hat.

Faktisch wird eine öffentliche Diskussion über die Verantwortung für die Entwicklung hin zum Krieg in Deutschland durch die Gesetzgebung unmöglich gemacht. Dass sich der Westen und Deutschland für das Leuchtfeuer der Demokratie und der damit verbundenen Werte halten, wird in Russland inzwischen nur noch belächelt. In Russland jedenfalls darf man wesentlich breiter über die Ursachen des Ukraine-Krieges diskutieren als in Deutschland.

Außerhalb der deutschen Blase sieht man ganz unabhängig von der völkerrechtlichen Bewertung des Einmarsches Russlands in die Ukraine mindestens eine Mitschuld von EU, NATO und USA an der Entstehung des Konflikts. Es muss möglich sein, darüber in Deutschland öffentlich zu sprechen. Deutschland gilt außerhalb des kollektiven Westens als Kriegstreiber, der mit seinen Waffenlieferungen den Konflikt verlängert und den tausendfachen Tod ukrainischer Soldaten billigend in Kauf nimmt. Auch darüber muss es möglich sein, zu diskutieren, ohne dass man sich der Gefahr aussetzt, dafür ins Gefängnis zu wandern.

Mit seiner repressiven Gesetzgebung wiederholt Deutschland seine historischen Fehler. Durch Zensur schafft man Tatsachen nicht aus der Welt. Man schränkt lediglich den Korridor des Sagbaren ein. Dass Deutschland erneut auf der falschen Seite der Geschichte steht, den ukrainischen Faschismus nicht nur leugnet, sondern ihn auch fördert, steht in Russland übrigens außer Frage.

Ich habe den Bericht im russischen Fernsehen zusammen mit meinem russischen Freund Pawel gesehen. Ihm sträubten sich sichtlich die Haare vor gruseligem Erschauern über die deutschen Zustände. Dieses physische Erschauern über Deutschland hat mich übrigens tief berührt. Man sollte mit sehr wachsamen Augen auf Deutschland blicken.

Das Urteil gegen Kolbasnikowa ist noch nicht rechtskräftig. Ihr Anwalt hat den Gang durch alle Instanzen angekündigt. Es ist Deutschland zu wünschen, dass es dieses Mal die Korrektur seines Irrwegs aus eigener Kraft schafft. Ansonsten droht die Wiederholung der Geschichte eben nicht unbedingt als Farce.

xxx

Grüne fordern Aiwangers Kopf

JF-Online, 14. Juni 2023

Die Grünen wollen die politische Kampfansage Aiwangers nicht auf sich sitzen lassen. Nach dessen Rede in Erding beantragen sie den Rücktritt des bayerischen Wirtschaftsministers.

MÜNCHEN. Drei Tage nach der kämpferischen Rede des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten und Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger (Freie Wähler) in Erding haben die Grünen dessen Entlassung aus dem Kabinett gefordert.

Die Fraktionschefin im Landtag, **Katharina Schulze** sprach im Zusammenhang mit der Ansprache von „verbalen Entgleisungen“. Diese seien „mit demokratischen Prinzipien absolut unvereinbar“. Der Politiker sei als Vize-Ministerpräsident und Staatsminister „untragbar“. Schon heute wollen die Grünen per Dringlichkeitsantrag im **Bayerischen Landtag** Aiwangers Rücktritt durchsetzen.

CSU und Grüne kritisieren umjubelten Aiwanger

Der Freie-Wähler-Chef hatte auf der Veranstaltung „gegen die Heizungsideologie“ vor 13.000 Teilnehmern das von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vorgelegte Gebäudeenergie-Gesetz kritisiert. Jetzt sei der Punkt erreicht, „wo sich die schweigende Mehrheit dieses Landes die Demokratie wieder zurückholen“ müsse, sagte er.

Ein Münchner Grünen-Stadtrat sprach danach davon, die Grünen seien „die neuen Juden“. Auch die CSU kritisierte die Äußerung scharf. **Die Demo-Teilnehmer hatten Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ausgebuht, Aiwanger dagegen umjubelt.** Dieser war im Nachhinein nicht bereit, sich von seinen Sätzen zu distanzieren.

xxx

Grüne sind bei Asyl so verblendet wie die Klima-Kleber beim Klima



Michael Kappeler/dpa Spitzenmitglieder der Grünen: Haßelmann, Baerbock, Lang, Nouripour, Habeck (v.l.)

FOCUS-online-Korrespondent **Ulrich Reitz**,
Mittwoch, 14.06.2023

Im Streit um Europas Flüchtlingspolitik sind wichtigen Grünen und Sozialdemokraten ihre Ideale wichtiger als ihre eigenen Minister. Bemerkenswert ist aber, dass der ganze Ampel-Aufruhr nicht lohnt, denn: Zurückgehen werden die Flüchtlingszahlen wohl nicht.

Es ist ein Riesen-Tohuwabohu. Und man weiß gar nicht: Wofür eigentlich die ganze Aufregung? Zwei tragende Ampelparteien sind über die Asyl-Frage

zutiefst gespalten. Dabei haben zwei Ministerinnen eben jener Parteien die europäische Asyl-Verschärfung unterschrieben. Jetzt wollen wichtige Akteure SPD und Grüne über das Europa-Parlament versuchen, den europäischen Flüchtlings-Kompromiss im Nachhinein rot-grün einzufärben – gegen den Widerstand der Mehrheit der Länder in Europa. Erst Jubel, dann schlechtes Gewissen, dann schlechter Verlierer, dann Nachkarten. Wer soll das rot-grüne Durcheinander noch verstehen?

Etwa die sozialdemokratische Bundesinnenministerin. Nancy Faeser nannte den Asylkompromiss „historisch“. Womöglich war das der Moment, der ihre Wahlniederlage als SPD-Spitzenkandidatin in Hessen besiegelte. Denn eine ihrer erfolglosen Vorgängerinnen, Andrea Ypsilanti, verließ – unter Absingen schmutziger Lieder – ihre eigene Partei. Was Faeser „historisch“ nannte, war für Ypsilanti ein „Kotau vor den Rechtsextremisten“.

Nicht nur die Grünen sind zerstritten - die SPD ist es auch

Zwischen diese beiden Äußerungen von zwei Sozialdemokratinnen passt mehr als eine ganze Partei. Wer soll Faeser in Hessen noch seine Stimme geben, wenn die Bundesministerin noch nicht einmal ihren eigenen Landesverband überzeugen kann.

Nicht nur **die Grünen** sind tief zerstritten, **die SPD** ist es nämlich auch. Die Jusos wettern gegen den Asylkompromiss von Luxemburg und im Europaparlament will die stellvertretende Präsidentin Katarina Barley das Paket aufschneiden. Es müsse „deutlich humaner“ werden. Was die Frage aufwirft: Sind SPD und Grüne nur so lange Europa-Parteien, wie Europa beschließt, was sie für richtig halten?

Nach jahrelangem, zehrendem Streit beschließt Europa, womit kurz vorher niemand gerechnet hat: ein neues Asylrecht. Es ist ein starkes Signal nach außen: Europa ist handlungsfähig, nicht nur im Ukraine-Krieg. Die deutsche Außenministerin feiert dementsprechend diesen Erfolg.

Den der grüne Außenpolitiker Jürgen Trittin allerdings so kommentiert: „Die europäische Flüchtlingspolitik wurde auf einem Niveau der Schäbigkeit harmonisiert.“ Und die Grüne Jugend schreibt schon jetzt an ihrer eigenen Heldengeschichte: „Uns gegen die Aushöhlung des Asylrechts zu stemmen, ist jetzt auch unser Job“, erklären Sarah-Lee Heinrich und Timon Dzienus, die beiden Vorsitzenden, in schönster Eintracht.

Am Grünen Wesen soll Europa genesen

Eine grüne Ministerin winkt nach dem Urteil ihrer Parteifreunde einen „schäbigen“ Asyl-Beschluss durch – was hätten die Grünen eigentlich veranstaltet, wenn Annalena Baerbock die Bundestagswahl gewonnen hätte – ihre Kanzlerin gestürzt?

Inzwischen verhandelt die Europäische Union, Präsidentin Ursula von der Leyen selbst, gemeinsam mit der **italienischen** Regierungschefin Giorgia Meloni und dem **niederländischen** Regierungschef Mark Rutte, mit Tunesien, einem Maghreb-Staat, über ein Migrationsabkommen. Und was beschließen die Grünen? „Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten lehnen wir ab.“ So steht es in dem Antrag des grünen Bundesvorstands für den Kleinen Parteitag am kommenden Samstag.

Was auffällt: Die Unbedingtheit, mit der die „Letzte Generation“ ihre Klimaziele verfolgt, ist exakt dieselbe, die Grüne nun beim Asyl an den Tag legen. Am Grünen Wesen soll Europa genesen. Deutsche Alleingänge in Europa zu meiden, dieser eherne Grundsatz bundesrepublikanischer Außenpolitik ist über das Asylrecht beträchtlich ins Wanken geraten.

Die Grünen „dehnen“ die deutsche Verfassung nach ihrem Gusto

Damit nicht genug: „Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine Probleme.“ Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten steht allerdings in Deutschlands Grundgesetz. Artikel 16 a, Absatz 2: Auf das Asylrecht „kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist“. Vorsichtig formuliert: Die Grünen „dehnen“ die Verfassung – nach ihrem Gusto.

Am klarsten hat Aminata Touré, Integrationsministerin im Kabinett des CDU-Ministerpräsidenten Daniel Günther, formuliert, wie die „grüne Seele“ tickt: Alle, die einen Fuß auf europäischen Boden setzen, müssten ein „fairer Verfahren“ bekommen. Sagte Touré am Ende einer denkwürdigen Talkshow bei Markus Lanz. Was in der Praxis bedeutet, dass so gut wie alle, die es **nach Europa** schaffen – die meisten kommen nach Deutschland – auch bleiben können.

Grüne und SPD wollen den mühsam gefundenen europäischen Kompromiss nun aufdröseln – Familien mit Kindern sollen nicht in Auffanglager müssen, wo sie ein erstes Verfahren durchlaufen. Wobei: Diese verkürzten Verfahren, die in 12 Wochen erledigt sein sollen, sind nur für jene geplant, die so gut wie keine Chance auf Asyl haben.

Die aus Ländern kommen, deren Anerkennungsquote unter 20 Prozent liegt. Das aber trifft allenfalls auf 15 Prozent der Asylbewerber zu. Auf Länder wie Nigeria oder Georgien, das Mitglied der Europäischen Union werden will und nach dem Willen Brüssels auch werden soll.

Deutlich geringere Flüchtlingszahlen wird der EU-Kompromiss nicht bringen

Für die Hauptherkunftsländer sieht es ganz anders aus: Die „Schutzquote“ für Flüchtlinge aus Syrien beträgt 90 Prozent, für Afghanen liegt sie bei 83,5 Prozent, für Somalis bei 63,7 Prozent. Und selbst für Menschen, die dem Nato-Land **Türkei** entfliehen, liegt die Schutzquote über der Grenze, die fortan in Europa gelten soll: 27,8 Prozent.

Für Asylbewerber aus diesen Ländern bleibt alles beim Alten. Sie werden praktisch durchgewunken, kommen in Deutschland ins Verfahren, was rund neun Monate in Anspruch nimmt – und sich nach einem juristischen Einspruch gegen einen ablehnenden Asylbescheid auf 26 Monate verlängert.

Wird ihr Asyl-Antrag dennoch abgelehnt, greift die Genfer Flüchtlingskonvention – und der damit verbundene Abschiebeschutz, etwa in Bürgerkriegsländer wie Afghanistan, wo die islamistischen Taliban ein Kalifat errichten wollen.

Die Folge: Zu einer spürbaren Verringerung der Flüchtlingszahlen wird der EU-Kompromiss wohl absehbar nicht führen. Schon gar nicht, wenn er in den „Trilog“-Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten noch einmal „humanisiert“ werden sollte, was der rot-grüne Teil der Bundesregierung anstrebt.

Die **FDP** als Ampelpartner wird es diesmal kaum verhindern können. Denn Grüne und SPD nutzen als Hebel das Europäische Parlament, versuchen also an der eigenen Regierung vorbei die ihnen gemäße „Entschärfung“ zu erreichen.

Man muss ihnen lassen: Sie verstehen ihr machiavellistisches Handwerk.

Die Grünen stehen einer Zeitenwende in der Migrationspolitik im Weg NZZ, Oliver Maksan, Berlin, 06.2023



Teile der grünen Basis torpedieren jeden noch so zaghaften Anflug von Pragmatismus ihrer Führung. Weil die Grünen aber eine zentrale Stellung im deutschen Parteiensystem haben, wird das zum Problem des ganzen Landes. Oliver Maksan ist Redaktor im Berliner Büro der NZZ.

Deutschland wird seine Migrationsprobleme unter der «Ampel»-Regierung wohl nicht mehr lösen. Hier und da hat sich das rot-gelb-grüne Bündnis zwar in die richtige Richtung bewegt. Dass [beim sogenannten Flüchtlingsgipfel vor einigen Wochen](#) unter anderem stationäre Grenzkontrollen als Teil des nationalen Instrumentenkastens akzeptiert wurden, ist ein Fortschritt, wenn auch nur ein kleiner.

Verhängen mag die sozialdemokratische Innenministerin Nancy Faeser sie derzeit aber nicht. Das hat auch damit zu tun, dass der linke Rand der SPD, vor allem aber der Grünen jeden Anflug von Pragmatismus der Führungsspitze torpediert – und sei er noch so zaghaft.

Das zeigte sich jetzt auch im Vorfeld des Treffens der EU-Innenminister in Luxemburg an diesem Donnerstag. Da machten Abgeordnete der SPD und der Grünen in einem Brief ihre Bedenken kund, dass das Recht auf Asyl abgeschwächt werden könnte. Warum eine von der Bundesregierung grundsätzlich mitgetragene Prüfung von Menschen aus Staaten mit geringer Anerkennungsquote bereits an den EU-Aussengrenzen eine Aushöhlung des Asylrechts sein soll, erschliesst sich freilich nicht.

Populistische Stimmungsmache von links

Das grosse Besteck aber holten Teile der Grünen in einem Brief an die eigene Parteispitze heraus. Hunderte Unterzeichner, unter ihnen der Chef der Grünen Jugend und Hamburgs Justizsenatorin, schlugen mit Blick auf die Grenzverfahren Alarm. «Erschüttert» sei man und «in grosser Sorge». Thüringens grüne Fraktionschefin verwies gar auf ihre Ost-Erfahrung, die sie gegen tödliche Grenzen aufbegehren lasse.

Keine Frage: Es ist das gute Recht von Abgeordneten und Parteimitgliedern, zu fordern, was sie fordern. Verbesserten Grenzschutz aber mit der DDR und ihrem menschenverachtenden Grenzregime in Verbindung zu bringen, hat mit legitimer linker Politik nichts mehr zu tun, sondern ist populistische Stimmungsmache. Der teilweise alarmistische, letztlich auf emotionale Erpressung zielende Ton aber setzt die Verantwortlichen unlauter unter Druck und macht politisches Handeln schwierig, wenn nicht unmöglich.

Abschreckung ist genau das Ziel solcher Warnschüsse von der Basis. Baerbock, Habeck und Co. werden sich künftig noch genauer überlegen, ob sie vernünftige Massnahmen wie EU-Aussengrenzverfahren unterstützen wollen. Sie haben das jetzt entgegen dem eigenen Wahlprogramm von 2021 getan – wenn auch nur [mit vielen die Steuerungswirkung aushebelnden Einschränkungen](#).

Auch ein Kanzler Merz wäre wohl auf die Grünen angewiesen

Soll es aber eine Zeitenwende in der deutschen Migrationspolitik geben, müssten sich gerade die Teile des Regierungslagers bewegen, die sich mit einer realistischeren Migrationspolitik schwertun.

Auf die Grünen kommt es dabei ganz wesentlich an. Ihre strategische Stellung im gegenwärtigen deutschen Parteiensystem verdanken sie nicht zuletzt dem Aufstieg der AfD. Der hat das Lager rechts der Mitte geschwächt und eigene bürgerliche Mehrheiten auf absehbare Zeit erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht.

Wer also auf eine effizientere Asylpolitik nach dem regulären oder frühzeitigen Ende der «Ampel» hofft, dürfte enttäuscht werden: Auch ein christlichdemokratischer Kanzler Friedrich Merz müsste sich mit den Grünen arrangieren, wenn er nicht einer grossen Koalition mit der SPD vorstehen wollte. Wenn der linke Rand der Grünen also will, hat er in migrationspolitischen Fragen auch künftig ein entscheidendes Wort mitzureden. **Nach dem Atomausstieg sind möglichst offene Grenzen für viele Grüne schliesslich so etwas wie eine Ersatz-DNA.**

Es braucht einen neuen Asylkompromiss

Am sinnvollsten wäre es, das Thema Asyl wie beim verfassungsändernden Asylkompromiss in den frühen neunziger Jahren als nationale Aufgabe zu betrachten. Es braucht einen parteienübergreifenden

Konsens darüber, was Deutschland als Hauptzielland in der EU künftig leisten kann und will. Die rein nationalen Spielräume sind dabei angesichts völker- und europarechtlicher Verpflichtungen begrenzt. Aber es gibt sie.

Der Vorschlag des sächsischen CDU-Ministerpräsidenten Michael Kretschmer nach einer überparteilichen Kommission zum Thema ist deshalb richtig. Kommen wird sie nicht. Das werden Grüne und linke Sozialdemokraten zu verhindern wissen.

xxx

Regierung gibt grünes Licht für Verdopplung der Lkw-Maut

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN,
14.06.2023

Die Regierung hat eine Verdopplung der Lkw-Maut auf den Weg gebracht. Der Mittelstand gibt sich fassungslos. Er fordert eine Rückkehr zu seriöser Wirtschafts- und Klimapolitik und hofft auf den Bundestag.

Hamburger Köhlbrandbrücke. Die Regierung hat eine Verdopplung der Lkw-Maut auf den Weg gebracht. Der Mittelstand protestiert scharf.

Die Bundesregierung hat eine Änderung der Lkw-Maut auf den Weg gebracht. Das Kabinett gab dafür am Mittwoch grünes Licht. "Wir staffeln die Lkw-Maut unter anderem noch in diesem Jahr stärker nach dem CO₂-Ausstoß und setzen damit einen starken Anreiz für die Branche, auf klimafreundliche Fahrzeuge umzusteigen", sagte Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) laut einem Bericht von Reuters.

Nutzfahrzeuge verursachten noch etwa ein Drittel der gesamten CO₂-Emissionen im Verkehr. "Außerdem weiten wir die Lkw-Maut ab Mitte nächsten Jahres auf Fahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen technisch zulässige Gesamtmasse aus. Die zusätzlichen Mauteinnahmen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro bis 2027 sollen künftig entsprechend der Vereinbarungen im Koalitionsausschuss ganz überwiegend in die Schiene investiert werden."

Mittelstand gibt sich fassungslos über erhöhte Lkw-Maut

Anlässlich des vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften, mit dem unter anderem eine annähernde Verdopplung der Lkw-Maut zum 1. Dezember 2023 verbunden ist, erklärte der Vorstandssprecher des Bundesverbands Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL), Prof. Dr. Dirk Engelhardt, am Mittwoch:

„Bei den mittelständischen Transport- und Logistikunternehmen herrscht Fassungslosigkeit über die von den Grünen vorangetriebene und nun von der Bundesregierung beschlossene Mautverdopplung zum 1. Dezember. In einer Mischung aus Existenzsorgen, Wut und empfundener Geringschätzung über die tägliche Leistung dieser systemrelevanten Branche bei der Versorgung der Bevölkerung haben den BGL unzählige Hilferufe und Appelle erreicht. In einer Social Media - Kampagne zeigt das Gewerbe hierfür der Bundesregierung die Rote Karte.“

Da es am Markt kaum emissionsfreie Lkw und keine entsprechende Tank- und Ladeinfrastruktur gibt, gleicht die Mautverdopplung einer Steuererhöhung, die nicht vermieden werden kann! Die Verbraucher zahlen die Rechnung und dort, wo nach den Kostenexplosionen in den letzten Jahren weitere Preissprünge nicht machbar sind – vor allem auf dem Land –, fürchten viele Mittelständler, ihre Betriebe aufgeben zu müssen.

Das Parlament muss daher diesen sinnlosen Inflationstreiber stoppen, zu seriöser Wirtschafts- und Klimapolitik zurückkehren und eine ordentliche, planbare Mautreform auf den Weg bringen!“

In einer Pressemeldung vom Mittwoch fordert der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung für die anstehenden parlamentarischen Beratungen über den Entwurf der Bundesregierung:

1. Planungssicherheit durch Verschiebung der CO₂-Maut auf 2025.



2. Einführung eines Stufenmodells für die CO2-Maut, das Marktverfügbarkeit von emissionsfreien Fahrzeugen sowie Flächenverfügbarkeit alternativer Tank- und Ladeinfrastruktur Rechnung trägt und mit 100 € pro Tonne CO2 startet.
3. Gleichstellung von biogenen Kraftstoffen und E-Fuels mit emissionsfreien Fahrzeugen durch Mautvorteile entsprechend dem tatsächlichen CO2-Vorteil.
4. Einhaltung der Koalitionszusage zur Vermeidung der Doppelbelastung durch nationalen Emissionshandel und CO2-Maut.
5. Verzicht auf die Ermächtigung, die Maut in Stoßzeiten zu erhöhen oder bei wenig Verkehr zu ermäßigen, da dies in Preisverhandlungen mit Auftraggebern nicht kalkulierbar ist und zulasten des mittelständischen Gewerbes geht.
6. Verdopplung des Mautharmonisierungsprogramms mit Mauterhöhung und Mautausweitung auf Fahrzeuge ab 3,5 t zGM.
7. Erhalt des Finanzierungskreislaufs Straße, um Mehreinnahmen in die marode Straßeninfrastruktur, den Lkw-Stellplatzausbau sowie die klimafreundliche Transformation des Straßengüterverkehrs investieren zu können.

xxx

Bärtig, maskulin, PS-begeistert: So haben sich die Grünen den Migranten nicht vorgestellt

FOCUS-Kolumnist Jan Fleischhauer, 10.06.2023

Vergessen Sie alles, was Sie über den richtigen Umgang mit Migranten gelernt haben. Fragen Sie ruhig, wo jemand herkommt. Was Sie tun und sagen, ist ohnehin falsch und kann gegen Sie ausgelegt werden.

Wie nennt man einen Deutschen, dessen Familie seit Urzeiten in Deutschland lebt? Eingeborener, Kartoffel, Biodeutscher? Die „Zeit“ hat sich für „Urdeutscher“ entschieden. Riesenfehler!

Lange hat es nicht mehr so bei den Kollegen in Hamburg reingeregnet. Was sie sich nicht alles anhören mussten: Sie seien von allen guten Geistern verlassen. Sie würden rechte Strömungen befeuern. Typischer Entsetzenschrei: „Ihr spinnt ja wohl völlig!“

Was die „Zeit“ geschrieben hatte? Diese drei Zeilen [auf Twitter](#): „Integration war gestern: Deutschland ist das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt und die Urdeutschen dürften auf absehbare Zeit zu einer numerischen Minderheit unter vielen werden. Und nun?“

Kamen nicht sogar Arminius Vorfahren aus Afrika?

Okay, es war nicht nur das Wort „Urdeutsche“. Es war auch die Bebilderung des Tweets: drei junge, bärtige Männer im BMW-Cabrio, erkennbar nichtdeutschen Ursprungs, der Mann am Steuer mit Handy in der Hand. Wobei: Was heißt schon „erkennbar nichtdeutschen Ursprungs“? Da beginnt das Problem. Irgendwie sind wir ja alle Zuwanderer. Kaum jemand wird seine Ahnenreihe auf Arminius zurückführen können. Und kamen nicht sogar die Vorfahren von Arminius aus Afrika? Eben.

So schallte es jetzt auch den Redakteuren in Hamburg entgegen. Und überhaupt: Die Übernahme der deutschen Gesellschaft durch junge Migranten, das sei doch exakt der Plot jeder rechten Verschwörungstheorie.

Krisensitzung beim Social-Media-Team der „Zeit“. Dann Korrektur: Statt der drei jungen Männer nun das Foto von zwei ukrainischen Frauen. Sieht doch gleich viel freundlicher aus, haben sie sich vermutlich in Hamburg gedacht. Nix da, das Netz kann erbarmungslos sein: „Was zur Hölle, ‚Zeit‘?“, lautete die Reaktion.

Kniefall im dritten Anlauf

Also neuer Versuch. Dieses Mal ein anderer Text. „Früher vertraute Heimat – dann kamen die Anderen. Die Homogenität der 1950er ist bis heute Fixpunkt vieler Einwanderungsdebatten. Dabei gehört Migration seit Jahrhunderten zu Deutschland.“ Welche Homogenität die Redakteure denn meinten, wurde daraufhin gefragt: „Millionen ermordeter Juden, Millionen Displaced Persons, Millionen Vertriebene. An welche ‚vertraute Heimat‘ denken Sie?“

Dritter Anlauf, Kniefall. „Die Wortwahl war missverständlich. Der Text handelt davon, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland statistisch bald nicht mehr in der Minderheit sein könnten.“ Also habe man sich entschieden, den Tweet zu löschen. Kommentar der aufgebrachtten Mitleser dieses Mal: „Es wird nicht besser. Jeder hier in Deutschland hat eine ‚Einwanderungsgeschichte‘. Bei den einen liegt sie zwei, bei den anderen zweihundert Jahre zurück.“

Beim Thema Migration auf Stufe des „Mindfuck“ angekommen

Wir sind beim Thema Migration auf der Stufe des „Mindfuck“ angelangt. Wenn schon eine Redaktion, in der nur Leute arbeiten, die garantiert die besten Ansichten und Absichten haben, in Teufelsküche kommt, weil sie sich nicht korrekt genug ausdrückt, wie sollen sich dann erst Leute zurechtfinden, die nicht den lieben langen Tag darüber nachdenken können, wie sich das Verhältnis von Urdeutschen, sorry, von Kartoffeln zu Nichtkartoffeln am besten beschreiben lässt?

„Kartoffel“ geht übrigens, falls Sie jetzt stutzen, das ist von höchster Stelle geklärt. Als die Beauftragte der Bundesregierung für Antidiskriminierung Ferda Ataman noch Kolumnistin beim „Spiegel“ war, hat sie einen Text geschrieben, warum das Wort in Ordnung sei. Auch das gehört zu den überraschenden Wendungen der Debatte.

Nichts anderes zu tun, als jemand beim Fehltritt zu erwischen

Manchmal habe ich den Verdacht, es geht bei allem darum, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Migrationsexperten am Laufen zu halten. Ich habe neulich mit einem Kollegen darüber gesprochen, womit all diese Nervensägen ihr Geld verdienen, die offenbar nichts anderes zu tun haben, als andere bei einem Fehltritt zu erwischen. Täusch dich nicht, sagte er, der Bedarf an Beratern, die einem sagen können, wie man durch die Untiefen der neuen Willkommenskultur kommt, ist riesig. Ich würde mir keine Vorstellungen machen, wie groß der Markt für sogenannte Diversity-Trainings sei.

So gesehen trifft es sich gut, dass alles, was man eben gelernt hat, morgen schon obsolet sein kann. Das ist wie mit dem eingebauten Verfallsdatum bei Glühbirnen: Nach dem Diversitätskurs ist vor dem Diversitätskurs.

Waren wir uns nicht zum Beispiel einig, dass man Menschen nicht mehr fragt, wo sie herkommen? Ich erinnere mich, wie sich über Elke Heidenreich ein Empörungsturm entlud, weil sie in einer Talkshow erzählt hatte, dass sie selbstverständlich Taxifahrer, die so aussähen, als kämen die Eltern nicht aus Wuppertal oder Wanne-Eickel, danach fragen würde, wo sie herkämen. Tagelang tobte das Twitter-Gewitter.

„Ich bin von hier. Hör auf, zu fragen!“

Die Antidiskriminierungsbeauftragte Ferda Ataman hat selbst ein Buch dazu geschrieben, wie leid sie es sei, immer wieder auf ihre Herkunft angesprochen zu werden. „Ich bin von hier. Hör auf zu fragen!“, heißt es. Und nun? Nun empfiehlt dieselbe Frau Unternehmenschefs, eine „Bestandsaufnahme“ bei den Angestellten zu machen, wo wer herkomme. „Häufig wird Diversität noch mit Frauenförderung gleichgesetzt“, erläuterte sie ihren Vorschlag im „Handelsblatt“. „Vielfalt heißt aber auch, Menschen mit unterschiedlicher sexueller Identität, Religion oder Herkunft in den Blick zu nehmen.“

Der kleine Text in der „Zeit“ hat auch deshalb so viel Empörung ausgelöst, weil er auf eine Wirklichkeit hinwies, die normalerweise ausgeblendet wird. Wenn [die Grünen](#) an Einwanderung denken, dann denken sie an die junge Frau mit Migrationshintergrund, die eine Kolumne in der „taz“ unterhält und bei der Böll-Stiftung beredt über den latenten Rassismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft referiert.

War Göring-Eckardt schon mal in Neukölln?

„Deutschland wird sich ändern, und zwar drastisch, und ich freue mich darauf“, lautet ein berühmter Satz von Katrin Göring-Eckardt. Ich frage mich inzwischen, für wen die Veränderung wohl drastischer ausfällt: für die deutsche Mehrheitsgesellschaft oder für die Grünen. Ob Katrin Göring-Eckardt schon mal einen Fuß nach Neukölln gesetzt hat? Oder an den Ku’damm, wo sich die Jugend trifft, für die das Auto nicht Untergangssymbol, sondern Freiheitsversprechen ist?

Peter Richter hat in der „Süddeutschen“ gerade eine Meditation über die jungen Männer mit Vollbart angestellt, deren Maskulinität mit der muskulösen Silhouette ihrer Sportwagen korrespondiert. „Immer lautet die Regel nach dem Einparken: erst mal zehn, zwanzig Meter mit breiten Beinen weggehen, dann umdrehen, mit hoch erhobenem Schlüssel, klick, unter Auforgeln aller Lampen den AMG per Funk abschließen, anschließend noch ein wenig mit seligen Blicken über Kotflügel und Diamond-Grill streicheln.“

Deutschland ist nicht auf diese traditionelle Welt vorbereitet

Auch Bräuche wie das Wagenrennen oder das lustvolle Drehen hochtouriger Boliden auf der Autobahn zum Auftakt einer [Hochzeitsfeier](#) sind kaum mit den strengen CO₂-Vorgaben der „Letzten Generation“ vereinbar. Richter schließt seine Betrachtung mit der zutreffenden Beobachtung ab, dass die Autoenthusiasten vom Ku'damm um einiges diverser aufgestellt sein dürften als die recht homogen rötlich blonden Vertreter der Klimaszene.

Ich bin viel in arabischen Ländern unterwegs gewesen, ich mag die Menschen dort. Man findet noch einen Familienzusammenhalt, eine Höflichkeit gegenüber Fremden und einen Respekt vor dem Alter, die bei uns weitgehend verloren gegangen zu sein scheinen. Ich habe auch kein Problem mit offensiv zur Schau gestellter Männlichkeit. Ich fürchte nur, dass in Deutschland nicht alle auf diese eher traditionelle Welt vorbereitet sind.

Mein Rat: Vergessen Sie alles, was Sie über den richtigen Umgang mit Migranten gelernt haben.

Fragen Sie ruhig, wo jemand herkommt. Die meisten Menschen, die nicht im Diversity-Geschäft sind, finden nichts dabei und geben gerne Auskunft.

Über den Autor - Jan Fleischhauer

Die Leser lieben oder hassen ihn, gleichgültig ist Jan Fleischhauer den wenigsten. Man muss sich nur die Kommentare zu seinen Kolumnen ansehen, um einen Eindruck zu bekommen, wie sehr das, was er schreibt, Menschen bewegt. 30 Jahre war er beim SPIEGEL, Anfang August 2019 wechselte er als Kolumnist zum FOCUS.

Fleischhauer selbst sieht seine Aufgabe darin, einer Weltsicht Stimme zu verleihen, von der er meint, dass sie in den deutschen Medien unterrepräsentiert ist. Also im Zweifel gegen Herdentrieb, Gemeinplätze und Denkschablonen. Vergnüglich sind seine Texte allemal – vielleicht ist es dieser Umstand, der seine Gegner am meisten provoziert.



xxx

"Die Gegenoffensive ist nicht entscheidend" – Foreign Affairs fordert Verhandlungen

Die Ukraine kann den Konflikt mit Russland militärisch nicht gewinnen. Die Suche nach einem Ausstiegsszenario ist daher dringend notwendig, meint das **US-Magazin Foreign Affairs** und schlägt ein Einfrieren nach koreanischem Vorbild vor. Sonst drohe ein endloser Krieg.

Die Zeiten ändern sich, die Bekenntnisse des Westens zur unverbrüchlichen militärischen Unterstützung der Ukraine bröckeln. In Deutschland zwar noch nicht, dort beschimpft der Kanzler alle, die von ihm mehr Einsatz für Frieden und Verhandlungen fordern. Aber innerhalb der EU wendet sich das Blatt. Vor allem jedoch in den USA werden Forderungen nach einer diplomatischen Lösung nicht nur immer lauter, sondern inzwischen auch an ganz prominenter Stelle präsentiert.

Am 5. Juni erschien in der renommierten US-Zeitschrift **Foreign Affairs** ein [Beitrag](#) unter der Überschrift "Ein nicht zu gewinnender Krieg", dessen Autor sich mit der Ukraine auseinandersetzt und das Einfrieren des Konfliktes fordert.

Das ist bemerkenswert, denn *Foreign Affairs* gilt als das führende Blatt zur US-Außenpolitik.

Hinter *Foreign Affairs* steht der US-amerikanische Thinktank "Council on Foreign Relations" mit großem Einfluss auf die strategische Ausrichtung der US-Außenpolitik.

Natürlich kommt der Autor Samuel Charap nicht umhin, einleitend Russlands militärische Schwäche zu betonen und den Heldenmut der Ukraine zu loben, um dann eine argumentative Wende zu vollziehen: Auch wenn es der Ukraine in der Gegenoffensive gelänge, Geländegewinne zu erzielen, wenn sie weitgehend erfolgreich verlief, würde das den Krieg nicht beenden.

"Aber selbst wenn sie gut verläuft, wird eine Gegenoffensive nicht zu einem militärisch entscheidenden Ergebnis führen", schreibt Charap, Politikwissenschaftler bei der RAND Corporation.

Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auf einige der bereits bekannten Probleme, mit denen die ukrainische Armee zu kämpfen hat: Munitionsmangel, große Verluste wie beispielsweise bei der

Verteidigung von Artjomowsk und die Komplexität westlicher Waffensysteme, in die sich einzuarbeiten den ukrainischen Soldaten die Zeit fehlt. Ein militärischer Erfolg würde zudem nicht zwangsläufig zu einem Ende des Krieges führen.

"Selbst wenn Kiew über alle Erwartungen hinaus Erfolg hätte und die russischen Truppen zum Rückzug über die internationale Grenze zwingen würde, würde Moskau die Kämpfe nicht unbedingt einstellen. Aber kaum jemand im Westen erwartet so ein Ergebnis zu irgendeinem Zeitpunkt, geschweige denn in naher Zukunft. Stattdessen ist die optimistische Erwartung für die kommenden Monate, dass die Ukrainer im Süden einige Gewinne erzielen werden. (...) Kurz gesagt, selbst Erfolge auf dem Schlachtfeld führen nicht notwendig zu einem Ende des Krieges."

Gelänge es nicht, eine Verhandlungsoption zu eröffnen, so drohe daher ein langer Krieg. Es liege in der Verantwortung der USA, die Ukraine zu Verhandlungen zu drängen.

Vorgeschlagen wird ein Einfrieren des Krieges nach koreanischem Vorbild. Zwischen Nord- und Südkorea existiert lediglich eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand. Dieser Waffenstillstand hält jedoch bereits seit 1953. Die Ukraine müsste damit ihre territorialen Ansprüche nicht aufgeben, könnte eine Wiedervereinigung aber in die Zukunft aufschieben und die gegebenen Realitäten vorerst anerkennen, schreibt der Autor des Beitrags.

Statt eines Beitritts zur NATO schlägt Charap Sicherheitsgarantien durch die USA als Alternative vor. Sollte eine Beitrittsperspektive der Ukraine zur NATO aufrechterhalten bleiben, könnte das die Bereitschaft Russlands erhöhen, den Krieg fortzuführen.

"Selbst wenn es unter den Verbündeten einen Konsens gäbe, Kiew eine Mitgliedschaft anzubieten (was nicht der Fall ist), könnte die Gewährung einer Sicherheitsgarantie für die Ukraine durch die NATO-Mitgliedschaft den Frieden für Russland so unattraktiv machen, dass Putin beschließen würde, weiter zu kämpfen."

Es brauche daher eine doppelte Strategie, argumentiert der Autor. Der Westen müsse die Ukraine weiter unterstützen, während er Gesprächskanäle nach Russland öffnet und sich um Gespräche bemüht. Es brauche einen Plan zur Beendigung des Krieges. Diesen Plan gibt es bisher nicht, er müsse dringend erarbeitet werden, da sonst die sinnlose und verlustreiche Verlängerung des Krieges droht. Eine Verringerung der militärischen Aktivität auf ein niedrigeres Niveau sei unter den aktuellen Bedingungen und unter Ausschluss von Diplomatie nicht möglich, meint Charap. Das zeige die Geschichte.

"Während westliche Regierungen weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun sollten, um die Ukraine militärisch zu unterstützen, muss der Westen auch eine Ausstiegsstrategie aus dem Krieg erarbeiten – eine Vision für ein Endspiel, das unter den aller anderen als idealen Umständen plausibel ist. Denn ein entscheidender militärischer Sieg ist höchst unwahrscheinlich."

In den nächsten Monaten sei daher ein konkreter diplomatischer Pfad zu etablieren, der Verhandlungen ermöglicht. Zu beachten sei dabei, dass der Schritt nicht als grundlegende Abkehr von der bisherigen Politik der Unterstützung der Ukraine erscheint und von Kiew nicht als Preisgabe ukrainischer Interessen verstanden wird.

"Bereits jetzt muss jeder Schritt der USA und ihrer Verbündeten, den diplomatischen Weg zu öffnen – selbst mit der Unterstützung der Ukraine – sorgfältig bedacht werden, damit er nicht als Politikumkehr oder Aufgabe der westlichen Unterstützung für Kiew verstanden wird."

Die Vorschläge, die Charap macht, sind relativ weit ausgearbeitet. Es scheint in den USA vieles in Bewegung zu kommen. Es sieht daher ganz danach aus, als müsse der Kanzler bald seine Position gegenüber Friedensaktivisten korrigieren. Die USA werden ihn dazu zwingen. Man darf gespannt sein, wie Scholz seine geänderte Position dem Publikum verkauft.